

**Ministerpräsident a.D. Professor Dr. Bernhard Vogel**

Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Auszug aus der Rede

„Stärkung der Demokratie durch Wertevermittlung“

anlässlich

„Auftrag Demokratie! – 20 Jahre Politische Bildung  
der Konrad-Adenauer-Stiftung im Freistaat Thüringen“

Mittwoch, 30. Januar 2013

Erfurt, comcenter Brühl

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Stärkung der Demokratie durch Wertevermittlung“. Ich bedanke mich für dieses Thema. Denn in der Tat, wir drohen im Alltag oft zu übersehen: Demokratie ist mehr als Wahlen, Parteien, Parlamente, Regierungen, mehr als „government of the people, by the people, for the people“ (Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk) – um aus der Gettysburg Address des amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln zu zitieren. Demokratie liegt ein Wertekonsens zu Grunde, von dessen Akzeptanz alles abhängt. Von dessen Akzeptanz das Gelingen von Demokratie abhängt.

Das war die Lehre, die die Gründungsmütter und Gründungsväter unserer heutigen Demokratie aus dem totalen Zusammenbruch von 1945 gezogen haben. Wir vergessen gelegentlich: Der Katastrophe des Hitler-Regimes ging das Scheitern der Weimarer Republik voraus. Wäre sie nicht gescheitert, wäre Hitler nicht an die Macht gekommen. Und die Weimarer Republik ist gescheitert, weil es ihr an der gemeinsamen Wertebasis gefehlt hat. Nicht die Weimarer Verfassung war schuld; schuld war die Tatsache, dass es der Weimarer Republik an Demokraten fehlte, dass es der Republik an einer gemeinsamen Wertebasis fehlte.

Natürlich müssen wir heute den Radikalismus bekämpfen – entschlossen und geschlossen. In welcher Form er auch immer auftritt, ob von rechts oder von links. Gerade wir in Thüringen hoffen, dass der Gang nach Karlsruhe erfolgreich sein möge. Ich jedenfalls stehe zu dem Wort von Theodor Heuss: „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit.“ Die Freiheitsrechte, die unsere Verfassung gewährt, dürfen nicht von ihren Feinden gegen sie missbraucht werden.

Aber unser Kampf gegen den Radikalismus muss von unserer eigenen Wertebasis ausgeführt werden. Zu ihr haben sich die Mütter und die Väter unserer Verfassung bekannt und zu ihr bekennen auch wir uns. Artikel 1 Absatz 1 unseres Grundgesetzes ist dafür grundlegend: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Und schon zuvor bekennt sich die Präambel des Grundgesetzes – und auch unsere Landesverfassung – zu unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen. Dies ist die eigentliche Antwort auf den Nationalsozialismus und heute auch auf den DDR-Unrechtsstaat.

Demokratie verhindert Gewalt und sichert Freiheit, aber nicht von selbst. Sie erfordert Anstrengung und Einsichtsfähigkeit – von jedem Bürger und von ihren Politikern: Demokratie ist an Werte gebunden, die sie selbst nicht schaffen kann. Vertrauen, Freiheitsliebe, Gerechtigkeitssinn, Solidarität, Subsidiarität, Verantwortung.

Die Werte gilt es sich jeden Tag auf Neue bewusst zu machen. Nur dann wird es uns gelingen, dafür zu sorgen, dass unsere Demokratie auf Dauer eine starke Demokratie ist. Eine wehrhafte Demokratie.

In ihrem gemeinsamen Wort von 2006 haben es der Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz überzeugend ausgedrückt: „Demokratische Institutionen können auf Dauer ihre Funktion nur erfüllen, wenn die politisch Handelnden Grundhaltungen erkennen lassen, die über die

Strategieregeln des Erwerbs und Erhalts von Macht und Einfluss hinausgehen. Demokratische Institutionen sind [...] nur lebensfähig, wenn alle Bürgerinnen und Bürger sich für diese Institutionen mitverantwortlich wissen. Die Demokratie braucht politische Tugenden.“

Sie zu vermitteln – das ist die Aufgabe Politischer Bildung.

Sie soll den Menschen befähigen, Politik und Gesellschaft in den wesentlichen Grundzügen zu begreifen und sich ein selbständiges Urteil zu bilden. Das heißt, es geht in der Politischen Bildung um die Vermittlung von Wissen. Politische Entscheidungsfindung setzt Kenntnisse voraus. Vor allem aber geht es um Orientierung. Die Politische Bildung soll Hilfestellung geben, sich in der wachsenden Komplexität unserer Welt zu Recht zu finden.

Vermittlung von Kenntnissen, Vermittlung von Werten und Vermittlung von Orientierung ist ihre Aufgabe.

Orientierung aber setzt ein Koordinatensystem voraus, das Halt bietet; das Ordnung schafft; das uns befähigt, nicht nur mit Erwartetem und Vorhersehbarem umzugehen, sondern vor allem auch mit Unerwartetem und Unvorhergesehenem fertig zu werden.

Das setzt voraus, über die Vergangenheit nachzudenken. Nicht um ihrer selbst willen, sondern um unserer Zukunft willen; um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu gestalten. „Wer die Vergangenheit nicht kennt, wird die Zukunft nicht in den Griff bekommen.“ (Golo Mann)

Heute, mehr als sechzig Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes, ist eine Generation herangewachsen, die erfreulicher- und nicht bedauernswerterweise nicht nur aus eigener Erfahrung weiß, warum manche Festlegungen im Grundgesetz so und nicht anders getroffen worden sind: Die dominierende Rolle des Parlaments; die starke Stellung des Bundeskanzlers; das konstruktive Misstrauensvotum; die Wahl des Präsidenten durch die Bundesversammlung; das Bundesverfassungsgericht; die Definition der Aufgaben der Parteien; das Bekenntnis zum Föderalismus.

Diese Festlegungen müssen der heutigen Generation nicht nur aus unserer jüngsten Geschichte, sondern auch aus der Sache selbst heraus neu erklärt werden.

Ob das gelingt, entscheidet darüber, ob das Grundgesetz eine lebende Verfassung bleibt oder nur ein Stück Papier ist, aus dem bei festlichen Anlässen zitiert wird.

Wir müssen den Menschen – um nur ein Beispiel zu geben - bewusst machen, warum es bei Europa um mehr geht als nur um den Euro. Vor allem wir Deutsche müssen uns das bewusst machen! Der Friede ist selbstverständlich geworden, vielleicht zu selbstverständlich. Die junge Generation von heute muss sich um vieles Gedanken und Sorgen machen, aber kein Zwanzigjähriger muss fürchten, dass sein Leben mit 22 oder 23 Jahren auf einem Schlachtfeld in Europa endet. Europa ist zu einem neuen Wort für Frieden geworden.

Die Europäische Union gründet auf der Einsicht, dass Frieden und Freiheit, Demokratie und Wohlstand unseres Kontinentes dauerhaft nur durch einen engen Verbund seiner Staaten gewährleistet werden können. Dass wir in der Zukunft in einer globalisierten Welt nur dann eine Zukunftschance haben.

Wir müssen deutlich machen, dass die Soziale Marktwirtschaft der Schlüssel unserer Wirtschaftsordnung ist, weil sie Freiheit und Gerechtigkeit garantieren. Wer sich auf Ludwig Erhard beruft, muss wissen, dass für ihn die Soziale Marktwirtschaft in erster Linie eine neue ethische Ordnung und erst in zweiter Linie eine neue Wirtschaftsordnung war.

Politische Bildung muss den Menschen eine realistische Einschätzung von dem vermitteln, was Politik kann und was sie nicht kann. Der Staat ist in einer freiheitlichen Demokratie nicht für alles zuständig. Wir wollen einen starken, aber keinen allgegenwärtigen Staat. Nach unserem Menschenbild ist der Staat für die Menschen da und nicht die Menschen für den Staat. Das Ehrenamt ist nicht dazu da, den Staat von Aufgaben zu entlasten, sondern das Ehrenamt ist notwendig, um nicht alles dem Staat zu überlassen.

Wir müssen den Menschen deutlich machen: Freiheit heißt Verantwortung!

Mit dem richtigen Verhältnis des Bürgers zum Staat steht und fällt die parlamentarische Demokratie. Jeder einzelne Bürger muss wissen, dass er Rechte hat, dass er Ansprüche stellen kann, aber dass er auch Pflichten übernimmt und dass er Aufgaben zu erfüllen hat. Er soll, ja, er muss Kritik üben, aber in konstruktiver Weise; nicht aus purer Negation. Wir brauchen Mutbürger, die sich für ihre Ziele einsetzen, nicht Wutbürger, die – häufig aus Egoismus – die Ziele anderer bekämpfen.

Wir müssen die Fähigkeit zum richtigen Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat entwickeln, die Fähigkeit zu konstruktiver Kritik, das Recht, unterschiedlicher Meinung zu sein und wir müssen begreifen, dass der, der anderer Meinung ist, deswegen nicht böswillig, weniger kundig und darum zu bekämpfen ist, sondern, dass man an der Meinung des anderen die Richtigkeit der eigenen Meinung zu überprüfen hat.

Wir müssen vermitteln, dass Demokratie Werte braucht und nicht Beliebigkeit. Politische Bildung soll Hilfestellung für den Einzelnen bieten, sich seiner Rechte und Pflichten, seiner Verantwortung und seiner Möglichkeiten bewusst zu werden.

Wir alle, jeder einzelne von uns, tragen Verantwortung für unseren demokratischen Staat. Das heißt, wir haben dafür Sorge zu tragen, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in ausreichendem Maße politisch gebildet sind!

Konrad Adenauer hat es wenige Monate nach Kriegsende gültig ausgedrückt: „Die Demokratie erschöpft sich für uns nicht in der parlamentarischen Regierungsform oder gar in der Herrschaft einer Mehrheit über die Minderheit. [...] Demokratie ist mehr als

parlamentarische Regierungsform; sie ist eine Weltanschauung, die [...] wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Werte und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen, die das Christentum entwickelt hat. Demokratie muß diese unveräußerlichen Rechte und den Wert eines jeden einzelnen Menschen achten im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Wer wirklich demokratisch denkt, muss sich immer leiten lassen von der Achtung vor dem anderen, vor seinem ehrlichen Streben und Wollen.“

Oder um den amerikanischen Präsidenten Kennedy zu zitieren: „Frag nicht, was der Staat für Dich tun kann, frage, was Du für den Staat tun kannst.“

Am 27. Januar haben wir der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Am 30. Januar vor 80 Jahren hat Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 2. Februar 1943 endete der Kampf um Stalingrad. Mir steht ein Wort von Alfred Delp – einem der Opfer des 20. Juli – vor Augen: „Wir sind gestorben, damit andere einmal besser leben können.“

Unter „besser“ verstanden die Widerstandskämpfer gegen Hitler, in einem freiheitlichen Rechtsstaat. Auch wenn ihr Kampf das nationalsozialistische System nicht zum Einsturz brachte, ihr Kampf war dennoch erfolgreich: Wir leben heute auch durch ihr Zeugnis in einer besseren, in einer freiheitlicheren Welt. Wir sollten uns tagtäglich mit unserer ganzen Kraft dafür engagieren, dass es so bleibt, damit auch die uns nachfolgenden Generationen in einer besseren Welt leben können.

\*\*\*